

## Vollmacht

Der **Metzner Linow Rechtsanwälte PartGmbB**, Hafermarkt 2, 48465 Schüttorf

Rechtsanwalt **Klaus Metzner**

Rechtsanwalt **Peter Linow**

Rechtsanwalt **Felix Metzner**

wird hiermit **in Sachen:** \_\_\_\_\_

**wegen:** \_\_\_\_\_

Vollmacht erteilt,

1. zur Prozessführung (u.a. nach §§ 81 ff. ZPO) einschließlich der Befugnis zur Erhebung und Rücknahme von Widerklagen;
2. zur Antragstellung in Scheidungs- und Scheidungsfolgesachen, zum Abschluss von Vereinbarungen über Scheidungsfolgen sowie zur Stellung von Anträgen auf Erteilung von Renten- und sonstigen Versorgungsauskünften;
3. zur Vertretung und Verteidigung in Straf- und Bußgeldangelegenheiten (§§ 302, 374 StPO) einschließlich der Vorverfahren sowie (für den Fall der Abwesenheit) zur Vertretung nach § 37 StPO, mit ausdrücklicher Ermächtigung auch nach §§ 233 Abs. 1, 234 StPO sowie mit ausdrücklicher Ermächtigung zur Empfangnahme von Ladungen nach § 145a Abs. 2 StPO, zur Stellung von Straf- und anderen nach der StPO zulässigen Anträgen und von Anträgen nach dem Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen, ins. auch für das Betrugsverfahren;
4. zur Vertretung in sonstigen Verfahren auch bei außergerichtlichen Verhandlungen aller Art (insb. Unfallsachen zur Geltendmachung von Ansprüchen gegen Schädiger, Fahrzeughalter u. deren Versicherer);
5. zur Begründung und Aufhebung von Vertragsverhältnissen und zur Abgabe und Entgegennahme von einseitigen Willenserklärungen (z.B. Kündigungen) in Zusammenhang mit der oben unter „wegen: ...“ genannten Angelegenheit.

Die Beauftragung erfolgt unabhängig von der Kostenzusage einer evtl. bestehenden Rechtsschutzversicherung. Die Beauftragung steht nicht unter der Bedingung der Einholung oder Erteilung einer Kostenzusage einer evtl. bestehenden Rechtsschutzversicherung. Die Prüfung der Eintrittspflicht der Rechtsschutzversicherung ist nicht die Aufgabe des beauftragen Rechtsanwalts.

Mehre Vollmachtgeber haften als Gesamtschuldner; Kostenerstattungsansprüche und sonstige Erstattungsansprüche gegen Dritte, insb. gegen den Anspruchsteller, werden bis zur Höhe der den Prozessbevollmächtigten zustehenden Auslagen und Honorare an die Bevollmächtigten hiermit abgetreten. Der Hinweis auf das Entstehen der Hebegebühr gem. § 22 Nr. 1009 VV RVG ist erfolgt. Der Vollmachtgeber bestätigt vor Erteilung des Mandats darüber belehrt worden zu sein, dass das Mandat - sofern § 13 RVG anwendbar ist - nach Gegenstandswert abgerechnet wird.

In Arbeitsgerichtsverfahren und außergerichtlichen Arbeitsrechtsmandanten: Der Hinweis auf § 12a Abs. 1 S. 2 ArbGG bzgl. des Ausschlusses der Kostenerstattung im ersten Rechtszug ist erfolgt. Der Vollmachtgeber wurde darauf hingewiesen, dass in außergerichtlichen arbeitsrechtlichen Tätigkeiten keine Kostenerstattungspflicht der Gegenseite besteht.

Die Vollmacht gilt für alle Instanzen und erstreckt sich auf Neben- und Folgeverfahren aller Art (z.B. Arrest und einstweilige Verfügung, Kostenfestsetzungs-, Zwangsvollstreckungs-, Interventions-, Zwangsversteigerungs-, zwangsverwaltungs- und Hinterlegungsverfahren sowie Insolvenzverfahren). Sie umfasst insb. die Befugnis, Zustellungen zu bewirken und entgegen zu nehmen, die Vollmacht ganz oder teilweise auf andere zu übertragen (Untervollmacht), Rechtsmittel einzulegen, zurückzunehmen oder auf sie zu verzichten, den Rechtsstreit oder außergerichtliche Verhandlungen durch Vergleich, Verzicht oder Anerkenntnis zu erledigen, Geld, Wertsachen und Urkunden, insb. auch den Streitgegenstand und die von dem Gegner, von der Justizkasse oder von sonstigen Stellen zu erstattenden Beträge entgegen zu nehmen sowie Akteneinsicht zu nehmen.

Die Datenschutzhinweise (Stand Januar 2023) hat der Vollmachtgeber zur Kenntnis genommen. Mit einem unverschlüsselten E-Mail-Verkehr zur Informationserteilung ist der Vollmachtgeber einverstanden.

\_\_\_\_\_  
Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

## **Informationspflichten für Mandanten in der Kanzlei gemäß Art. 13 DSGVO**

### **Vorbemerkung**

Hiermit wollen wir Sie über die Verarbeitung Ihrer Daten in unserer Kanzlei und die Ihnen zustehenden datenschutzrechtlichen Ansprüche und Rechte umfassend im Sinne des Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) informieren.

### **1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen (Art. 13 Abs. 1 a DSGVO)**

Metzner Linow Rechtsanwälte PartGmbB  
Hafermarkt 2  
48465 Schüttorf  
Tel: 05923 96640  
E-Mail: [info@metzner-linow.de](mailto:info@metzner-linow.de)  
Internet: <https://www.metzner-linow.de>

### **2. Name und Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten (Art. 13 Abs. 1 b DSGVO)**

Externer Datenschutzbeauftragter  
Guido Schepers  
GS GmbH  
NINO-Allee 4  
48529 Nordhorn  
E-Mail: [datenschutz@gsgmbh.de](mailto:datenschutz@gsgmbh.de)  
Internet: <https://www.gsgmbh.de>

### **3. Zweck und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung (Art. 13 Abs. 1 c DSGVO)**

Verarbeitet werden zum Zwecke der Vertragserfüllung und Mandatsbearbeitung die folgenden personenbezogenen Daten:

- Name, Anschrift und elektronische Kontaktdaten des Mandanten und der Beteiligten sowie
- Daten zum Sachverhalt.

Die Bearbeitung erfolgt auf Grundlage Art. 6 lit. b DSGVO.

Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- um Sie als unseren Mandanten identifizieren zu können,
- um Sie angemessen anwaltlich oder notariell beraten und vertreten zu können,
- zur Korrespondenz mit Ihnen,
- zur Rechnungsstellung / Kostenberechnung,
- zur Abwicklung von Haftungsansprüchen und zur Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie sowie

- um Sie über Rechtsfragen und aktuelle Entwicklungen - generell oder im Einzelfall - informieren zu können.

Soweit für die Mandatsbearbeitung erforderlich, erfolgt ggf. eine Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland oder internationale Organisationen.

#### **4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten (Art. 13 Abs. 1 e DSGVO)**

An wen werden Ihre Daten weitergegeben? Kategorien von Empfängern:

- Beteiligte im Rahmen des anwaltlichen und notariellen Verfahrens,
- Gerichte und Behörden,
- Kreditinstitute,
- Versicherungen, Auskunfteien,
- Post- und Telekommunikationsdienstleister sowie
- Inkassounternehmen.

Eine Übermittlung persönlicher Daten an Dritte zu anderen als den genannten Zwecken findet ohne Ihre Zustimmung nicht statt.

#### **5. Übermittlung in Drittländer (Art. 13 Abs. 1 f DSGVO)**

Grundsätzlich werden keine Daten an ein Drittland übermittelt. Eine Übermittlung findet im Einzelfall nur auf Grundlage eines Angemessenheitsbeschlusses der Europäischen Kommission, Standardvertragsklauseln, geeigneter Garantien oder Ihrer ausdrücklichen Zustimmung statt.

#### **6. Speicherdauer gemäß gesetzlicher Aufbewahrungspflichten (Art. 13 Abs. 2 a DSGVO)**

Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

Die Daten werden gem. § 50 BRAO bis sechs Jahre nach dem Ende der Mandatsbearbeitung (Ablauf des Kalenderjahres) gespeichert. Bei steuerlich relevanten Daten erfolgt zur Erfüllung gesetzlicher Aufbewahrungspflichten eine Speicherung bis zum Ablauf der gesetzlich vorgeschriebenen Aufbewahrungsfristen.

#### **7. Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung, Datenübertragbarkeit und Widerspruch (Art. 13 Abs. 2 b, c, d, e DSGVO)**

Sie haben das Recht:

- Auskunft darüber zu verlangen, ob wir personenbezogene Daten über Sie verarbeiten, wenn ja, zu welchen Zwecken wir die Daten verarbeiten und welche Kategorien von

personenbezogenen Daten wir verarbeiten, an wen die Daten ggf. weitergeleitet wurden, wie lange die Daten ggf. gespeichert werden sollen und welche Rechte Ihnen zustehen,

- Unzutreffende, Sie betreffende personenbezogene Daten, die bei uns gespeichert werden, berichtigen zu lassen. Ebenso haben Sie das Recht, einen bei uns gespeicherten unvollständigen Datensatz von uns ergänzen zu lassen.
- Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten zu verlangen, sofern ein gesetzlich vorgesehener Grund zur Löschung vorliegt (vgl. Art. 17 DSGVO) und die Verarbeitung Ihrer Daten nicht zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung oder aus anderen vorrangigen Gründen im Sinne der DSGVO geboten ist.
- Von uns zu verlangen, dass wir Ihre Daten nur noch eingeschränkt, z. B. zur Geltendmachung von Rechtsansprüchen oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses, verarbeiten, während wir beispielsweise Ihren Anspruch auf Berichtigung oder Widerspruch prüfen, oder ggf. wenn wir Ihren Lösungsanspruch ablehnen (vgl. Art. 18 DSGVO).
- Der Verarbeitung zu widersprechen, sofern diese erforderlich ist; Sie haben das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben.
- Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden,
- Sich mit einer datenschutzrechtlichen Beschwerde an die Aufsichtsbehörden zu wenden. Die für uns zuständige Aufsichtsbehörde ist:

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen

Barbara Thiel

Prinzenstraße 5

30159 Hannover

Telefon: +49 (0511) 120 45 00

Telefax: +49 (0511) 120 45 99

E-Mail: [poststelle@lfd.niedersachsen.de](mailto:poststelle@lfd.niedersachsen.de)

Die Beschwerde kann unabhängig von der Zuständigkeit bei jeder Aufsichtsbehörde erhoben werden.

---

Datum

---

Unterschrift